

17.12.68

ANTWORT von HABERMAS auf den "NEGATIV KATALOG"

Wir unterstützen den Protest unserer Studenten gegen Gefahren einer technokratischen Hochschulreform, vor denen wir seit Jahren warnen. Freilich darf dieser Protest nicht von klar definierten Zielen einer Veränderung gerade des institutionellen Rahmens absehen, der durch ein neues Hochschulgesetz festgelegt wird.

Wir begrüßen ferner, daß die vereinzelt Initiativen von studentischen Gruppen, für eine didaktische und inhaltliche Neuordnung ihrer Studiengänge Konzepte zu erarbeiten, nun ein weites Echo gefunden haben. Wir bekräftigen unser wiederholt bewiesenes Interesse daran, die unerträglichen Bedingungen des Massenstudiums zu verändern, einen Lehrbetrieb zu schaffen, der den Bedürfnissen der Studierenden ebenso gerecht wird, wie den immanenten Anforderungen unserer Wissenschaft. Das kann nur durch eine kontinuierliche und breite Diskussion aller Beteiligten erreicht werden. Die Arbeits- und Projektgruppen, die sich in den letzten Tagen gebildet haben, sind dazu ein erster Schritt. Wir wollen nicht, daß diese Initiative scheitert.

Ein Teil der Studenten verknüpft aber die berechtigten Wünsche mit Forderungen, die weder grundsätzlich noch politisch gerechtfertigt werden können. Der sogenannte Negativ-Katalog hat ausschließlich propagandistischen Stellenwert. Er dient einer Taktik der Konfrontation um jeden Preis, die zur Selbstzerstörung führen muß.

Zu den Forderungen im Einzelnen:

- 1) Studienleistungen, die für die Dozenten des Faches erkennbar und nachprüfbar sind, werden wie bisher durch Scheine bestätigt, wenn sie Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens genügen.
- 2) Mit der Grundsatzdiskussion über Form und Inhalt des S Studienganges in Soziologie muß selbstverständlich auch die gegenwärtige Diplomordnung in Frage gestellt werden. Wir sind darüberhinaus der Meinung, daß überhaupt die Abschaffung des soziologischen Diplomstudiums überlegt werden sollte. Eine Änderung der Prüfungsordnung ist jedoch nach geltendem Recht nur durch gemeinsamen Beschluß der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen und der philosophischen Fakultät möglich. Das Vordiplom kann nicht "ausgesetzt" werden, wenn damit gemeint ist, daß die prüfungsberechtigten Hochschullehrer prüfungsbereite Kandidaten, die den Anspruch darauf haben, ein Vordiplom abzulegen, die Prüfung verweigern sollen.
- 3) Das Vorschlagsrecht für die Berufung auf Lehrstühle liegt heute bei der Fakultät. Nur ein neues Hochschulgesetz kann das ändern. Die Einstellung von wiss. Mitarbeitern und Angestellten des Seminars ist Sache der Direktoren. Diese Kompetenzen können und sollen in einer künftigen Seminarordnung neu geregelt werden. Bis dahin halten wir uns an die bestehenden Regelungen.
- 4) Nach unserem Vorschlag soll in Zukunft eine drittelparitätisch besetzte Seminarversammlung über die Verwendung der Haushaltsmittel des Seminars entscheiden. Eine Regelung die den Studenten wenigstens die Hälfte der Stimmen in diesem Organ sichert, halten wir nicht für vertretbar. Sie widerspricht der inneren Differenzierung einer nach Funktionen arbeitsteilig gegliederten Institution der wissenschaftlichen Lehre.
- 5) Wir verstehen, daß Studenten, solange die Ordinarien allein über Haushaltsmittel verfügen, eigene Mittel zur autonomen Verwaltung fordern. Eine korporative Sonderregelung für Studenten kann aber nur im Sinne einer Schutzfunktion gerechtfertigt werden. Bei einer drittelparitätischen Zusammensetzung der Seminarversammlung entfällt die Notwendigkeit für eine solche Privilegierung.

Zusammenfassend stellen wir fest:

Die Auflagen, mit denen die Technokraten des verselbstständigten Protestes den berechtigten Widerstand der Studenten zu neuen Konfrontationen und vorhersehbaren Niederlagen manövrieren wollen, sind ungerechtfertigt. Ebensowenig lassen die Pressionen, derer sie sich dabei bedienen, legitimieren. Wir drängen, wie jeder man weiß, auf eine energische Hochschulreform; uns gegenüber braucht sich niemand Diskussionen mit Gewalt zu erzwingen. Wir haben bereits am Ende des vergangenen Semesters den Vorschlag zu einer Seminarordnung vorgelegt, auf die bisher von seiten der Studenten nicht geantwortet worden ist.